Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1530 Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 9. Montag, 12. Januar 1925, abends. 78. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 36 mm breite, 4 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige, die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtseitige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". – Im Falle höherer Gewalt – Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Massenproteste der Kölner Parteien.

)(**Köln.** Zu machtvollen Kundgebungen gestalteten sich die Versammlungen, zu denen die politischen Parteien Kölns ihre Anhänger für Sonntag vormittag zum **Einspruch gegen die Verlängerung der Besetzung** aufgeboten hatten. Die Beteiligung war überall sehr stark. Den Versammlungsleitern war von der Besatzungsbehörde zur Pflicht gemacht worden, dafür zu sorgen, daß Ruhe und Ordnung nicht gestört würden. Zu Ausschreitungen kam es nicht.

Die Deutschnationalen

hielten im überfüllten großen Saal des Gürzenich ihre Versammlung ab. Nach einer Ansprache, die Dr. **von Dryander** hielt, wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, die folgenden Wortlaut hat: **„Die widerrechtliche Weiterbesetzung der nördlichen Zone über den gestrigen Tag hinaus, erschüttert den letzten Rest des Vertrauens unseres deutschen Volkes auf die tatsächliche Durchführung der wenigen Rechte, die uns der Versailler Vertrag garantieren sollte.** Mit Entrüstung stellen wir vor aller Welt fest, daß die Hinausschiebung der Räumung der nördlichen Zone auf unbestimmte Zeit einen Bruch des Versailler Vertrages, eine erneute Anwendung der Methode der Sanktions- und Gewaltpolitik, eine Gefährdung der Befriedung Europas und der Gesundung der Weltwirtschaft bedeutet. Wir erblicken in ihr die Gefahr einer Förderung jener auf die Loslösung der Rheinlande vom Deutschen Reiche gerichteten französischen Bestrebungen, die jederzeit auf schärfste Ablehnung der gesamten rheinischen Bevölkerung stoßen werden, aber die Gefahr neuer Unruhen für das Rheinland bedeuten. In der bitteren Erkenntnis der Machtlosigkeit unseres deutschen Vaterlandes gegen diese erneute Vertragsverletzung werden wir auch weiter in unverbrüchlicher Treue zum Reich und Preußen die schweren Lasten der Besetzung tragen, ohne uns zu Unbesonnenheiten durch das Verhalten unserer Gegner hinreißen zu lassen. Vor aller Welt erheben wir aber am heutigen Tage unsere Stimme, um schärfsten Widerspruch gegen das Vorgehen unserer Gegner zu erheben und es als das zu kennzeichnen, was es ist: Unrecht und Vertragsbruch. Wir erwarten von den Regierungen des Reiches und Preußens, daß sie dem einmütigen Willen des gesamten deutschen Volkes entsprechend nichts unterlassen, was geeignet ist, Recht, Würde und Ehre unseres Volkes zu wahren".

In der Versammlung der

Deutschen Volkspartei

sprach in der Lese Professor **Moldenhauer,** der hinwies, daß wir nach dem Friedensvertrag **ein Recht auf die Räumung** hätten und nicht um Gnade zu bitten brauchten. Einstimmig wurde folgende Entschließung angenommen: „Am 10. Januar d. J. mußte laut Vertrag von Versailles die nördliche Zone des besetzten Gebietes geräumt werden, wenn Deutschland den Friedensvertrag bis dahin getreulich erfüllt hatte. Auf Kosten seiner eigenen Gesundheit hat Deutschland jahrelang versucht, die ungeheuren Vertragsverpflichtungen auszuführen. Es hat durch Annahme des Dawesgutachtens unzweideutig bewiesen, daß es den Forderungen der Siegerstaaten in den Grenzen seiner eigenen Lebensmöglichkeit und staatlichen Selbständigkeit gerecht werden will. Es hat dabei angenommen, daß mit der Unterschrift unter das Londoner Abkommen eine Zeit vernünftiger Regelung zwischen den Nationen angebrochen sei. Insbesondere das besetzte Gebiet hat die langen Jahre der Besetzung ertragen in dem Glauben an den endlichen Tag der Freiheit. Die Siegerstaaten aber nahmen die angeblich unzureichende Abrüstung Deutschlands zum Vorwand, um die nördliche Zone auch weiterhin zu besetzen. Sie haben mit Deutschland über Differenzen keine Verständigung gesucht. Sie haben erst einige Tage vor dem Räumungstermin eine unzulängliche Begründung gegeben für einen Schritt, der in seiner grundsätzlichen und tatsächlichen Schwere in gar keinem Verhältnis zu den angeführten Verfehlungen steht. Kein Staat Europas ist so abgerüstet und so wehrlos inmitten waffenstarrender Nachbarn wie das angeklagte Deutschland. Der kaum zum Leben erwachte Glaube an einen ehrlichen Verständigungswillen ist aufs tiefste erschüttert. Jahrelang gehegte Hoffnungen sind aufs bitterste enttäuscht worden. Was wird werden? Muß nicht jede zukünftige deutsche Regierung an der Aufgabe verzweifeln, ein so maßlos enttäuschtes Volk je wieder zum allmählichen Aufstieg führen zu können. Wo bleibt die Gesundung und Befriedung Europas und der Welt, wo die Möglichkeit, das Londoner Abkommen durchzuführen, wenn Deutschland gezwungen wird, zu verelenden und zu verderben. Wir Bürger einer der ältesten Kulturstätten Deutschlands rufen den Machthabern von heute zu: Ueberlegt, ob dieser Weg der Gewalt der richtige ist, um die Welt zu befriedigen und sie größeren Zielen entgegenzuführen. Wir Bürger am Rhein wagen noch einmal die Hoffnung auszusprechen, daß es klugen und gerechten Staatsmännern gelingt, diesen unglücklichen 10. Januar 1925 nicht zu einem schwarzen Tag in der Geschichte Europas werden zu lassen. Keine Enttäuschung, keine Verbitterung wird uns aus unserer Mäßigung und Zurückhaltung herausreißen, weil wir am Rhein aushalten für unser Preußen und Deutschland."

In der Zentrumsversammlung

im vollbesetzten Reichshallentheater sprach Redakteur **Hornbach** von der Kölnischen Volkszeitung. Er erklärte, es sei schmerzlich, daß die Jahrtausendfeier der Rheinlande mit einen Protest beginnen müsse. Die Liebe zum Rhein gipfele in der Forderung, **daß der Rhein Deutschlands Strom bleibt und nicht Deutschlands Grenze wird.** Die Entschließung des Zentrums hat folgenden Wortlaut: „Die Hoffnung des gesamten deutschen Volkes, nach langen Jahren der Erfüllung schwerster Vertragsverpflichtungen endlich einmal die Auswirkung eines der wenigen Rechte zu erleben, die uns aus dem Versailler Vertrag noch geblieben sind, ist am gestrigen Tage bitter enttäuscht worden. Mit Schmerz und Bitterkeit stellen wir fest, daß im Gegensatz zu Recht und Vertrag die Besetzung der nördlichen Zone nicht aufgehoben, sondern auf vorerst unbestimmte Zeit verlängert worden ist. Dieses Verhalten der Siegerstaaten, die von neuem rücksichtslos Macht vor Recht gehen lassen, bedeutet Abkehr von der eben angebahnten Verständigungspolitik und Rückfall in die alte Methode der Sanktions- und Diktatpolitik. Ein solches Verhalten ist geeignet, die staatliche Sicherheit und Freiheit Deutschlands die Befriedung Europas und die Gesundung der Weltwirtschaft aufs schwerste zu gefährden. Die Bewohner des besetzten Gebietes, die in langen Jahren der Besetzung am tiefsten die Machtlosigkeit Deutschlands kennen gelernt haben, wissen, daß uns kein Mittel zur Abwehr dieser neuen Vertragsverletzung zur Verfügung steht. Sie sind weit davon entfernt, sich durch das Verhalten der Gegner zur Unbesonnenheit hinreißen zu lassen und bereit, im Interesse des ganzen deutschen Vaterlandes, die schweren Besatzungslasten auch weiterhin unverzagt und standhaft zu tragen. Dennoch, und gerade deshalb erhebt das deutsche Volk am Rhein am heutigen Tage seine Stimme, um aller Welt gegenüber das Vorgehen der Siegerstaaten als Unrecht und Vertragsbruch zu kennzeichnen."

In der Versammlung der

Deutschen Demokratischen Partei

sprachen der Abgeordnete Ziegler und Justizrat Fall, die sich gleichfalls gegen die Behauptungen wandten, daß Deutschland noch nicht abgerüstet habe, die einstimmig beschlossene **Entschließung** lautet: „Die in Köln im Metropoltheater versammelten rheinischen Demokraten erheben schärfsten Einspruch gegen die vertragswidrige Fortdauer der Besetzung der nördlichen Zone. Wir erkennen aufs tiefste verletzt und enttäuscht, daß trotz aller friedlichen Erklärungen des Londoner Abkommens Haßgesinnung und Rachegeist immer noch im alten Maße die politischen Entschließungen unserer Kriegsgegner beherrschen. Demgegenüber verlangen wir unser Recht und unsere Freiheit um des Friedens und des europäischen Wiederaufbaus willen."

Ein ähnliche Entschließung nahm die

Wirtschaftspartei des Deutschen Mittelstandes

an, wo Landtagsabgeordneter Dr. Klamt sprach.

Die Sozialdemokraten werden am Nachmittag eine Einspruchkundgebung veranstalten.

Die Sozialdemokratische Partei Kölns

hielt am Nachmittag im Volkshause eine ebenfalls sehr stark besuchte Versammlung ab, in der der Redner, der Kölner Beigeordnete Dr. **Meerfeld,** der Versammlung eine **Entschließung** vorlegte, in der es heißt: Die Sozialdemokratische Partei Kölns beklagt auf das tiefste, daß die nördliche Zone des besetzten Gebietes nicht, wie im Friedensvertrage vorgesehen, am 10. Januar 1925 geräumt worden ist. Die Aufrechterhaltung der Besetzung über den vereinbarten Zeitpunkt hinaus ist eine schmerzliche Enttäuschung aller Friedensfreunde. Sie erschwert die Völkerversöhnung aufs schwerste und gefährdet überdies die Durchführung des Dawesgesetzes.

*

Eine Abordnung beim Reichspräsidenten.

)(**Berlin.** Der Reichspräsident empfing gestern Nachmittag eine Abordnung des **Arbeitsausschusses Deutscher Verbände,** des Reichsverbandes der Rheinländer und des Deutschen Frauenausschusses zur Bekämpfung der Schuldlüge, um von ihr eine **Protesterklärung gegen die weitere Besetzung der Kölner Zone** entgegenzunehmen. Die Abordnung bestand aus der Reichstagsabgeordneten Frau Mende, Herrn Präsidenten Dr. Kauffmann, Exzellenz Schnee, Universitätsprofessor Geheimrat Dr. Deißmann und dem Geschäftsführer des Arbeitsausschusses Herrn Dräger. Herr Präsident **Dr. Kauffmann** gab den Gefühlen der Enttäuschung und Entrüstung Ausdruck, die die Verlängerung der Besetzung bei den von ihm vertretenen Verbänden ebensowie im ganzen Volke hervorgerufen habe. In seiner Antwort wies der **Reichspräsident** auf das durch den Aufschub der Räumung begangene Unrecht hin und betonte, daß das im vergangenen Jahr angebahnte Vertrauen in die Loyalität unserer Vertragsgegner verloren gehen müsse, wenn diese die wenigen zu unseren Gunsten bestehenden Vertragsbedingungen nicht achteten. Er sprach zum Schluß den Wunsch aus, daß die schwere Prüfung, die das neue Unrecht dem deutschen Volke auferlege, dessen Sinn von den inneren Streitigkeiten ablenken und zur einmütigen Abwehr äußerer Schwierigkeiten zusammenschließen möge.

Ein neuer Reichstagsausschuß.

)(**Berlin.** Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, wird beabsichtigt, angesichts der wichtigen Zoll- und Handelsfragen mit dem Ausland und der noch schwebenden Handelsvertragsverhandlungen einen **„Handelspolitischen Ausschuß"** des Reichstags zu bilden, der als Mittelglied zwischen dem Auswärtigen und dem Wirtschaftspolitischen Ausschuß gedacht ist.

Dr. Luthers Bemühungen bisher ergebnislos.

Das Zentrum lehnt ab.

)(**Berlin. Die Zentrumsfraktion des Reichstags hat nach mehrstündiger Sitzung am Sonntag nach 9 Uhr abends folgenden Beschluß gefaßt: Die den Vertretern der Zentrumsfraktion am 11. Januar in den Verhandlungen mit dem Reichsfinanzminister Dr. Luther übermittelten Erklärungen ermöglichen es der Zentrumsfraktion nicht, sich an dem vorgesehenen Kabinett zu beteiligen.**

Der Reichsfinanzminister **Dr. Luther** wird, wie WTB hierzu erfährt, auf Grundlage dieses Beschlusses, der in später Abendstunde gefaßt worden ist, am Montag früh die informatorischen Erörterungen mit dem Zentrum und den übrigen Fraktionen fortsetzen.

)(**Berlin.** Ueber die **innere Lage** verlautet aus parlamentarischen Kreisen: Die Verhandlungen über die Regierungsbildung wurden den ganzen Sonntag über fortgesetzt, **ohne zu einem Resultat zu führen.** Noch bevor das Zentrum seinen ablehnenden Beschluß gefaßt hatte, war der im Reichstag versammelte Vorstand der Deutschnationalen Fraktion auseinandergegangen. Auch der im Reichstage anwesende Reichsfinanzminister Dr. Luther hatte das Haus bereits verlassen, sodaß mit einem Abschluß der Kabinettsbildung am Sonntag nicht mehr zu rechnen war. Durch den Beschluß des Zentrums ist nun eine neue Lage entstanden, und es muß abgewartet werden, ob Dr. Luther seine Bemühungen um das Zustandekommen des Kabinetts auf anderer Grundlage fortsetzen wird.

Die Deutschnationalen und die Regierungsbildung.

* **Berlin.** Der Vorstand der Deutschnationalen Reichstagsfraktion schloß seine gestrige Sitzung um 8 Uhr abends. Wie die deutschnationale Pressestelle mitteilt, hat der Fraktionsvorstand nachmittags über die Regierungsbildung beraten. Die von Dr. Luther bisher gestellten Fragen sind alsbald beantwortet worden, darüber hinaus konnten bindende Beschlüsse nicht gefaßt werden, da die Entscheidung immer noch bei der Zentrumsfraktion liegt, über deren endgültige Beschlüsse den Deutschnationalen nichts bekannt gegeben ist. Wie die TU. erfährt, handelt es sich bei diesen Fragen Dr. Luthers um Vorfragen für die Beteiligung der Deutschnationalen.

Die Deutschnationale Reichstagsfraktion

erklärt, wie wir auf das Bestimmteste mitteilen können, die am Sonnabend morgen durch einen Teil der Presse gegangene **Mitteilung für vollkommen frei erfunden,** daß die Fraktion am Freitag einen Beschluß gefaßt hätte, wonach sie in der neuen Regierung **vier Ministerposten** beanspruchen müsse. In der Besprechung Dr. Luthers mit dem Vertreter der Deutschnationalen ist am Sonnabend die Frage der einzelnen Ministerposten überhaupt nicht zur Erörterung gekommen. Die Deutschnationalen würden, wie wir weiter hören mit der Persönlichkeit des Herrn **Dr. Luther als Leiter der Regierung einverstanden** sein, aber sie werde sich an einem neuen Kabinett nur beteiligen, gleichviel, wie man ein solches Kabinett äußerlich bezeichnen würde, wenn sie auf der Basis voller Gleichberechtigung nach dem Verhältnis ihrer durch die Wahlen erwiesenen Bedeutung hinzugezogen werden, denn nach der Reichsverfassung bilden nun einmal die Parteien die Grundlage jeder parlamentarischen Regierung. Derselben Auffassung sei auch die Deutsche Volkspartei.

*

Reichsfinanzminister Dr. Luther

empfing am Sonnabend abend auch den **Vorsitzenden der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Abg. Hermann Müller-Franken.** Der Minister brachte bei der Unterredung zum Ausdruck, daß er nicht beabsichtige, ein Kampfkabinett gegen die Linke zu bilden. Die sozialdemokratische Fraktion hat dem Minister keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie gegen ein Rechtskabinett die schärfste Opposition führen und ihm ihr Vertrauen nicht aussprechen könne.

Nächste Reichstagssitzung am Mittwoch.

Berlin. (Funkspruch.) Die **Plenarsitzung des Reichstags** ist auf **Mittwoch nachmittag** berufen worden. Von den Fraktionen hat für heute nur das Zentrum auf nachmittag 4 Uhr eine Sitzung berufen.

Auf die **Tagesordnung** der Plenarsitzung des Reichstags am Mittwoch hat der Präsident vorläufig Anträge aus dem Hause gesetzt, nämlich einige schleunige Anträge auf Einstellung des Strafverfahrens gegen Abgeordnete, einen Antrag von Rheinbaben (DVP.) auf Aenderung der Geschäftsordnung in bezug auf kleine Anfragen, einen Antrag Schücking (Dem.) auf Wiedereinsetzung des Untersuchungsausschusses für die Kriegsschuldfrage und einen sozialdemokratischen Antrag in bezug auf die Erwerbslosenfürsorge. Die Ansetzung der Regierungserklärung bleibt noch vorbehalten.

Der Reichsfinanzminister **Dr. Luther** erschien schon am frühen Vormittag im Reichstagsgebäude und verhandelte mit den Zentrumsabgeordneten Fehrenbach, Stegerwald, Herold und Joos.

Reichskanzler Marx erledigt die Geschäfte für die besetzten Gebiete.

Berlin. (Funkspruch.) Der Reichspräsident hat den Reichskanzler Marx bis auf weiters mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers für die besetzten Gebiete betraut.